

13. Mai 2008

## **Lehrerarbeitszeitkonto / Dank und weitere Arbeit**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die großartige, machtvolle Kundgebung von über 11.000 Lehrerinnen und Lehrern am 8. Mai in Hannover war die größte Demonstration gegen die Bildungspolitik der Landesregierung seit 20 Jahren. Ein enormes Medienecho begleitete diese Aktion bereits Wochen zuvor. Nun kann die Landesregierung die Interessen der Lehrerschaft und der pädagogischen Mitarbeiter nicht mehr ignorieren. Kultusministerin Heister-Neumann hat sich persönlich unter die Kundgebungsteilnehmerinnen und –teilnehmer am Landtag gemischt und wird dem Ministerpräsidenten ihre Eindrücke und Erfahrung berichtet haben.

Die Demonstration war lebendig und bei allem Ernst doch auch von Witz und Spott geprägt – davon zeugten auch die vielen selbst gefertigten Plakate. Auffällig war, dass alle Altersgruppen, insbesondere viele jüngere Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben. Eine ganze Reihe Kollegien war geschlossen gekommen. Aus entfernten Landesteilen waren Busse schon um 10.00 Uhr abgefahren. Ein tolles Engagement!

Mein herzlicher Dank gilt allen, die in den Schulen, als aktive Funktionäre der GEW und als Schulpersonalräte in so kurzer Frist für die Demonstration geworben haben. Nur durch diesen persönlichen Einsatz kann Solidarität politisch wirksam werden. Mein besonderer Dank gilt den Schulleiterinnen und Schulleitern, die vieles unternommen haben, um ihren Kollegien die Teilnahme zu ermöglichen und die auch selbst mit nach Hannover gekommen sind.

## **Worum geht es jetzt?**

Rechtssicherheit für die Rückzahlung des Arbeitszeitkontos muss von der Landesregierung gewährleistet werden. Die Vertreter der Regierungskoalition, Klare (CDU) und Försterling (FDP), versprachen, dass ein neuer Entwurf der Arbeitszeitverordnung in dieser Hinsicht eindeutig sei. Dieser Entwurf liegt uns noch nicht vor. Der am Freitag, den 9. Mai im Landtag beschlossene Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion, den wir als Mail-Anhang verschickt haben, ist allerdings merkwürdig vieldeutig.

Offenbar hat die Regierung noch keinen eindeutigen Beschluss zum Lehrerarbeitszeitkonto gefasst. In diesem Beschluss muss auch die Zahl der zusätzlichen Lehrerstellen angegeben werden, die für die Rückzahlung des Lehrerarbeitszeitkontos erforderlich sind. In diesen Tagen melden alle Ressorts beim Finanzminister ihren Finanz- und Stellenbedarf an. Was hat Frau Heister-Neumann gefordert?

Jetzt ist ohne Verzug eine politische Entscheidung der Landesregierung erforderlich!

Die Kultusministerin hat am 8. Mai gegenüber der Presse erklärt, dass sie nunmehr bereit sei, mit der GEW und den Lehrerverbänden zu verhandeln. **Wir sind dazu bereit!** Aber, ich möchte hier noch einmal unmissverständlich klarstellen, worüber wir mit der Regierung sprechen wollen. Alle Forderungen wurden bei der Kundgebung am 8. Mai mit tosendem Beifall begleitet.

Die GEW fordert von der Landesregierung vertragliche Zusicherungen, die die sofortige Rückzahlung des Lehrerarbeitszeitkontos rechtssicher machen. Durch Vertrag muss auch festgeschrieben werden, dass die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer sowie des nichtlehrenden Schulpersonals nicht erhöht werden darf.

Rechtssicherheit kann durch Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Landesregierung nicht hergestellt werden, weil die Regierung einerseits die Arbeitszeitordnung jederzeit wieder ändern kann und andererseits wir schon genug Wortbrüche erlebt haben. Nur Verträge, die einklagbare Rechtstitel enthalten, sind ein hinreichender Schutz. Ohne solche Verträge kann die GEW keiner Kollegin und keinem Kollegen raten, die Rückzahlung des Arbeitszeitkontos auch nur um einen einzigen Tag zu verschieben.

Die Lehrerschaft Niedersachsens erwartet von der Landesregierung außerdem eine eindeutige Festlegung, dass der Eintritt in die Pension weiterhin mit 63 bzw. 65 Jahren ohne weitere Abschläge möglich ist. Ohne diese Aussage wird sich niemand darauf einlassen können, den Ausgleich für die Lehrerarbeitszeitkonto-Überstunden in das letzte Halbjahr vor der Pension zu verschieben.

Die Lehrerinnen und Lehrer Niedersachsens erwarten außerdem, dass die Altersteilzeit ungeschmälert weitergeführt wird. In Niedersachsen muss umsetzbar sein, was in den Nachbarländern Bremen und Nordrhein-Westfalen ermöglicht wurde.

Weiterhin regt die GEW an, dass die Landesregierung zwei Kommissionen einsetzt, in der neben Regierungsvertretern auch die Vertretungen der Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft, der Hochschulen und Fachleute vertreten sind.

### **1. Bilanzierung des tatsächlichen Bedarfs an Stellen im Schulbereich**

### **2. Notprogramm zur Nachwuchsgewinnung „Auf den Nachwuchs kommt es an!“**

Die Kultusministerin hat zugeben müssen, dass die Unterrichtsversorgung schlechter ist, als die Regierungspropaganda der letzten Jahre glauben machte. Ohne zusätzliche Stellen, die bereits im Nachtragshaushalt für das zweite Halbjahr 2008 und für 2009 verankert sind, geht es nicht. Die Regierung braucht einen Plan, wie im Verlauf der Legislaturperiode die Unterrichtsversorgung und die Entlastung aller in den Schulen Tätigen erreicht wird.

In den letzten Tagen wurde überdeutlich: Ohne ein umfassendes Programm zur Nachwuchssicherung kommen wir aus dem Dilemma des Fachkräftemangels nicht heraus.

### ***Liebe Kolleginnen und Kollegen,***

wir müssen wachsam sein und bereit, für uns und die Zukunft der Schulen in Niedersachsen aktiv zu sein. Mit mir meine ich alle, unabhängig von ihrer Organisationszugehörigkeit, denn die Zusammenarbeit hat sich bewährt. Ich mache aber kein Hehl daraus: Mit einer starken Gewerkschaft geht das besser. „Wir schenken Ihnen den Mai“ unter diesem Motto wirbt die GEW junge und auch nicht mehr ganz so junge Mitglieder.

Mit freundlichen Grüßen



Eberhard Brandt